

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Redaktionsdirektor
Bernward-Str. 10/11
Telefon Nr. 2001
Schulstr. 10/11
Dresden - N. 1, Marienstr. 28/29

Verlagsleiter: Dr. G. H. Schmidt
Verlag: G. H. Schmidt & Co.
Bernward-Str. 10/11
Telefon Nr. 2001
Schulstr. 10/11
Dresden - N. 1, Marienstr. 28/29

Verlag: G. H. Schmidt & Co.
Bernward-Str. 10/11
Telefon Nr. 2001
Schulstr. 10/11
Dresden - N. 1, Marienstr. 28/29

Frankreich sucht die Tribute zu retten Deutschland soll jetzt Kompensationen bezahlen

Paris, 27. Mai. Im „Paris Midi“ gibt heute Paturov Erklärungen über die Vorschläge ab, die er als Mitglied der künftigen Regierung zu unterbreiten gedenkt. Er geht aus von dem Gedanken, den er bereits 1922 entwickelt hat, nämlich alle Kriegsschulden mit dem normalen Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu verschmelzen. Er bleibe selbstverständlich ein Verteidiger der berechtigten Rechte Frankreichs, aber er sei überzeugt, daß man von diesen Rechten nicht ausgehen könne, wenn man die Grundzüge eines europäischen wirtschaftlichen Einheitsplanes mache, dessen Entwurf und dessen Durchführung das Verdienst Frankreichs sein müsse. Painlevé schlägt vor, eine

internationale Kompensations- und Amortisationskasse für den Frieden

zu gründen. Sämtliche europäischen Staaten sollen aufgefordert werden, freiwillig ohne Zwang und ohne Tribut ihren Beitrag für die Liquidation zu leisten. Die französischen Rechte würden so im Rahmen einer Gesamtregelung wirtschaftlicher Natur als Ausgleich für die Kosten dienen, die gegenwärtig nicht abgedeckt werden können. Der Begriff „Tribute“ würde durch den Begriff „Kompensation“ ersetzt werden. Selbstverständlich

den Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands Rechnung getragen werden, und man wisse, daß ein Land wie Deutschland sie in hohem Maße besitzt.

Das Wirtschaftsleben der Welt würde aus diesem Plan neue Kräfte und neues Gleichgewicht schöpfen und das Vertrauen wiedergeboren werden. Sobald der Plan der Kompensations- und Amortisationskasse von den europäischen Mächten unterzeichnet sei, werde man ihn Amerika zur Gegenzeichnung vorlegen und die Amerikaner vor die Wahl stellen, entweder mit Nutzen an der europäischen Regelung teilzunehmen oder die Verantwortung zu tragen, alles zu zerstören. Auf die Frage, was er tun werde, wenn man die Entschlossenheit fordere, antwortete Painlevé: „Im Rahmen einer internationalen Sicherheitsorganisation und in dem Maße, wie der Völkerbund über die Luftstreitkräfte aller Staaten verfügt, ja! Denn unsere Sicherheit muß unveränderlich bleiben wie ein Wall des Friedens selbst.“

Paris für Vertagung der Lausanne Konferenz

Paris, 27. Mai. In der französischen Presse wird neuerdings sehr hart für eine Vertagung der Endlösung in Lausanne Propaganda gemacht. Da man offenbar in

Frankreich den Standpunkt vertritt, daß eine Lösung der Reparationsfrage erst nach einer Klärung der Schuldfrage erfolgen könne, und daß dies wieder erst möglich sei, nachdem die amerikanische Präsidentschaft Wahl gehalten hätte, glaubt man, die Entscheidung bis zum Dezember vertagen zu müssen. Die Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß die Bestimmungen des Hoovermuratoriums am 1. Juli dieses Jahres ablaufen, glaubt man in Frankreich dadurch umgehen zu können, daß man dann

bis zum Dezember einfach eine Verlängerung der Bestimmungen des Hoovermuratoriums um ein halbes Jahr vorschlägt.

Da diese Ansicht auch außerhalb Frankreichs geäußert worden ist, muß deutscherseits festgestellt werden, daß alle derartigen Pläne der tatsächlichen Lage Deutschlands nicht gerecht werden. Die Bestimmungen des Hoovermuratoriums gegenüber Deutschland tatsächlich nur einen sehr kurzfristigen Zahlungsausschub und befreien Deutschland nur zum Teil von den Lasten des Youngplans. Insbesondere wird das Hoovermatorium auch der Tatsache nicht gerecht, daß Deutschland nicht zahlen kann. Es kann daher als sicher gelten, daß

die deutsche Regierung jedem Vorschlag auf Verlängerung der Bestimmungen des Hoovermuratoriums für Deutschland um ein halbes Jahr ablehnend gegenübersteht.

Veruche der französischen Regierung, durch dieses Mittel eine Verlängerung des Hoovermuratoriums und eine Vertagung der Endlösung in Lausanne zu erreichen, würden daher von vornherein die Konferenz in Lausanne zum Scheitern verurteilen. Es wäre daher wünschenswert, wenn das Ausland sich voll und ganz klar darüber wird, daß die Lage Deutschlands sich seit dem 1. Juli 1931 so weitgehend geändert hat, daß es nicht anständig ist, die damals eingeleiteten Mittel zur Abwendung einer Verschärfung der Krise noch einmal einzusetzen. Eine

Verlängerung des Hoovermuratoriums würde ja insbesondere auch nicht verhindern können, daß eine weitere Verschärfung der Krise erfolgt.

Es dürfte daher deutscherseits verlangt werden, daß die Gegenzeichner des Youngplans der gegenwärtigen Lage Rechnung tragen und die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands für alle politischen Schützen anerkennen, nachdem längst alle volkswirtschaftlich einschneidenden Kräfte der Welt zu dieser Erkenntnis gekommen sind.

Oesterreich droht mit dem Moratorium

Regierungserklärung im Nationalrat

Wien, 27. Mai. Der Nationalrat trat heute nachmittags zur Entgegennahme der Regierungserklärung des neuen Kabinetts Döllfuß zusammen. Bundeskanzler Dr. Dollfuß verwies einmütig auf den Verlust, alle bürgerlichen Parteien zur gemeinsamen Arbeit aufzunehmen und erklärte ausdrücklich, daß er seine Bemühungen in dieser Richtung fortsetzen werde.

Das Kabinet tritt schließlich ein und mit dem Willen, initialis und tatkräftig die schwierigen Zeitprobleme zu lösen, vor das Parlament.

Oesterreichs Innen- und Außenpolitik, sagte der Kanzler, wird derzeit durch die Wirtschaftskrise bedingt. Oesterreich, eines der friedliebsten Länder der Welt, ist bemüht, mit allen Staaten in Freundschaft und Frieden zu leben. Dabei wird und muß alle Welt verstehen, daß wir uns als selbständiger deutscher Staat — bedingt durch das Blut, die Geschichte und die geographische Lage unserer Heimat — der

englen Verbundenheit und Freundschaft mit dem Deutschen Reich

bedient sind, einer Freundschaft, die berechtigt und verpflichtet. Von christlich-freundschaftlichem Geiste wird auch unser Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten, zu den Großmächten und überhaupt zu allen Mitgliedern des Völkerbundes getragen sein.

Da Oesterreich mit Geduld und gutem Willen allein ohne Hilfe von außenwärts seiner Auslandsverpflichtungen nicht erfüllen kann, stehen wir in diesen Tagen vor der

Entscheidung über die Devisenperre für Auslandszahlungen.

Wir hegen die berechtigte Hoffnung, daß das Ergebnis der im Montag anstehenden Sitzung der vom Völkerbundrat eingesetzten gemischten Kommission Entscheidung in der Erwünschung unserer Wünsche gegenüber den Auslandszahlungen wie auch gegenüber unserer eigenen Wirtschaft bringt. Jede Verzögerung mühte unvereinlichen Schaden nicht nur für Oesterreich, sondern auch für die interessierten Staaten und das Ansehen des Völkerbundes im Gefolge haben. Die Regierung wird somit in kürzester Zeit vor einschneidende Selbsthilfemaßnahmen gestellt sein.

Das innerpolitische Programm des Bundeskanzlers kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Neue Währungs- und vereinfachte Staatshaushalt, Ausgleich der Handelsbilanz und Vereinfachung der Arbeitslosenfrage.

Die Regierung denke nicht nur, so führte der Bundeskanzler weiter aus, an die Gegenwart, sondern auch daran, der um die Zukunft bangenden Jugend den Lebensraum in der Heimat zu schaffen und zu erhalten. Die Arbeitslosigkeit soll u. a. durch Einführung einer freiwilligen Arbeitsdienstpflicht nach den in Deutschland gemachten Erfahrungen bekämpft werden. Innerpolitisch wird ferner eine Neuordnung des bisherigen allgemeinen Aufmarschverbotes angeht. Zum Schluß seiner Rede richtete der Bundeskanzler an alle den Appell: Seien wir und gemeinsam des Ernstes der Zeit bewußt. Helfen Sie mit; ich fürchte, sonst steht das Schicksal unseres Vaterlandes an der Wende.

In der Aussprache

über die Regierungserklärung erklärte der Abgeordnete Dr. Bauer im Namen der Sozialdemokraten, daß die Regierung nur eine Mehrheit von einer Stimme habe. Wenn aber die beiden heftigsten Abgeordneten des Heimatbundes nicht zur Stange hielten, sei überhaupt keine Mehrheit vorhanden. Am Schluß seiner Ausführungen brachte Bauer einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Die Aussprache über die Regierungserklärung wurde dann unterbrochen und in die Beratung eines Dringlichkeitsantrages der Sozialdemokraten zur Frage der Krisenunterstützung eingetreten. Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten wird wahrscheinlich am Dienstag erfolgen.

Rundgebungen vor dem Wiener Nationalrat

Wien, 27. Mai. Während der Aussprache im Nationalrat über die Regierungserklärung sammelten sich auf der Ringstraße, die sich innerhalb der Bannmeile befindet, etwa 5000 Menschen an, die Rundgebungen gegen die Regierung veranstalteten. Zahlreiche Sprechchöre riefen „Deutschland erwache!“. Die Polizei räumte die Ringstraße. 15 Personen wurden verhaftet. Nach Schluß der Parlamentssitzung verließ sich die Menge.

Anannehmbar!

Der kommende französische Ministerpräsident Herriot, der Sieger des französischen Wahlkampfes, hat, von der deutschen Vindspresse stürmisch begrüßt, bereits jetzt schon, gewissermaßen offiziell, die Regierungsgeschäfte übernommen. Und es wird offiziell behauptet, daß er Anfang Juni mit der Bildung einer neuen Regierung betraut werden wird. Herriot hat sich nämlich dieser Tage beim Staatspräsidenten mit Tardieu und dessen Finanzminister Flanbin zu einer Aussprache getroffen, bei welcher der gegenwärtige Ministerpräsident seinem Nachfolger Aufklärungen über die Außenpolitik Frankreichs gab und ihm die Akten anvertraute, damit sich Herriot bis zu seinem Regierungsantritt bereits einarbeiten könne, und die Einseitigkeit der französischen Politik gelockert sei. Der Abschied des Siegers von dem Geschlagenen des Wahlkampfes war sehr herzlich. Man sagte einander laut und deutlich: „Auf Wiedersehen, lieber Freund!“ Dieses äußere Bild beweist hinlänglich, wie irrtümlich die Auffassung in deutschen Vindspreisen war, der Sieg des Vindspolitikers Herriot werde in Frankreich die Verhandlungsbereitschaft wachen lassen. Wir sind dieser Auffassung von Anfang an entgegengetreten. Die letzten Verkaufsreden Herriots haben es nun mit größter Eindeutigkeit bestätigt, daß es wenige französische Politiker von so fanatischer Unnachgiebigkeit gegenüber Deutschland gibt, wie den Führer der politischen Linken in Frankreich. Das ist psychologisch leicht erklärlich. Herriot ist der Mann des französischen Kleinbürgertums, das zwar innerpolitisch demokratisch denkt, das aber in der Außenpolitik nur einen Feind kennt, Deutschland, weil es in ihm — was nicht gerade von einem guten Willen zeugt — eine Gefahr für seine „Sicherheit“ erblickt. So ist auch Herriot trotz vieler Phrasen von „Frieden für die Friedfertigen“ und trotz ewiger Versicherungen seiner Verhandlungsbereitschaft ein fanatischer Anhänger der „heiligen Rechte“ Frankreichs und deshalb gegenüber jeder Revision des Friedensvertrages und einer Streichung der Tribute absolut unnachgiebig. Diese Einstellung des Parteiführers der Linken ist getragen von einem gewissen Minderwertigkeitsgefühl und einer starken Unselbständigkeit in außenpolitischen Angelegenheiten. Die Radikalen leben in der ständigen Angst, sie könnten von irgendjemandem auf der Rechten als Verräter an den „heiligen Verträgen Frankreichs“ und als diejenigen hingestellt werden, die den „Sieg“ preisgegeben haben oder die „Sicherheit“ vernachlässigt hätten. Aus dieser Beforgnis heraus ergibt sich gerade die Einsicht einem außenpolitischen Chauvinismus, der selbst vor den größten Enttäuschungen nicht zurückbleibt. So kommt es zu der merkwürdigen Erscheinung, daß das im Grunde seines Wesens ängstliche und deshalb vorsichtsvoll eingekerkerte französische Kleinbürgertum und seine Exponenten außenpolitisch rückwärtsgerichtet sind als die rechtsstehenden Politiker, die sich, entsprechend den geänderten Zeiten, oft eine viel größere Anpassungsfähigkeit und Aufgeschlossenheit leisten können.

Hieraus erklärt sich zur Genüge auch die Tatsache, daß, in der großen Hitze gelehrt, eine Verhandlung zwischen der deutschen und der französischen Rechten leichter einmal auf Tausche werden kann, als zwischen einem Frankreich Herriots und Deutschland, mag es dabei links oder rechts regiert sein. Deshalb bedeutet der Vorkurs in Frankreich eine starke Belastung der kommenden außenpolitischen Entscheidungen. Das wurde am deutlichsten durch die Erklärungen, die Herriot dieser Tage dem Vertreter des „Paris Midi“ abgab, in denen er in der schroffen Form sich zu Frankreichs „heiligen Rechten“ aus dem Verfasser Vertrag und dem Youngplan bekannte, und versprach, in der Abrechnungsfrage auf kein Gewehr zu verzichten. Die ausländische Presse war entsetzt über diese Haltung des „Vazilisten“ Herriot, der sich in seiner wohlgefälligen Eitelkeit — freilich für unser Gefühl nicht ganz mit Unrecht — als den Erben Briand von seinen Anhängern feiern läßt. Die bekannte englische Zeitung „Manchester Guardian“ nannte die Erklärungen „fast ungläublich“. Aber man erinnere sich daran, daß es Herriot war, der sich im Jahre 1925, als die ganze Welt die Rheinlandräumung erwartete, leidenschaftlich selbst gegen die Räumung der ersten Zone aussprach und sich dabei in den wühesten Schwärmungen gegen Deutschland erging, das angeblich das friedliche Frankreich heimtücklich überfallen wolle. Dieser Geist ist in Herriot, dem neuen Friedensapostel Frankreichs, heute genau so lebendig wie damals. Auch heute noch ist sein zweites Wort zu jedem europäischen Friedensproblem: „Und der Vertrag von Versailles?“ Französische Radikale Politiker gehen sich in der letzten Zeit häufiger, wenn auch widerstrebend, den Erfordernissen der Zeit geneigt. In der rechtsstehenden Zeitung „Temps“ lesen wir zum erstenmal den immerhin einen Fortschritt bedeutenden Satz: „Es ist das Beste, die Reparationen zu liquidieren, falls Amerika die Schulden freibt“, aber Herriot verlangt von Deutschland sogar für ein Moratorium erneute freiwillige Anerkennung des Irrefühns von Versailles und des Youngplans. Die Folgen des sich anbahnenden Herriotkurses sind bereits zu spüren. Auf der Genfer Konferenz lassen die französischen Delegierten